

- ⇒ **Bildung**
- ⇒ **Wir brauchen eine Revolution**
- ⇒ **Nordirland**
- ⇒ **Lauschangriff**



ausgesteuert

Regierung betreibt Sozialabbau

Nein zum Sparpaket!

Sozialistische LinksPartei / SLP
Österreichische Sektion des CWI/KAI
Kaiserstraße 14/11; A-1070 Wien
Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11
E-Mail: slp@pmw.at

Das Belastungspaket ist ausgehandelt: Über 100 Milliarden öS werden vor allem bei der Bevölkerungsmehrheit „gespart“ - durch empfindliche Einkommenseinbußen und Sozialabbau. Die Unternehmenseite schmunzelt zufrieden. Denn ihre Vorstellungen bestimmen klar die Richtung, in die wir marschieren sollen. Beim Tempo dürfen die SPÖ- und Gewerkschaftspitzen noch mitreden. Zu sehr fürchtet sich das Kapital vor „französischen Verhältnissen“ in Österreich.

Redaktion Wien

Gewerkschaft und SPÖ: Die Führung von Häupl bis Verzetsnitsch tut „staatstragend“ wie noch nie. Tatsächlich überhaupt sie die undankbare Aufgabe, ihren Mitgliedern bzw. Wählern soziale Ungerechtigkeit als Erfüllung von Versprechen wie „Sparen ja, aber gerecht“ zu verkaufen. GPA-Chef Sallmutter, der noch 1994 mit Kampfmaßnahmen drohte, hat nach der Niederlage beim 8. Dezember jetzt auch dieses Paket als „sozial ausgewogen“ akzeptiert. Metallergewerkschaftschef Nürnberger macht

sich sogar wegen der wenigen Maßnahmen, die auch Unternehmer betreffen, Sorgen: „Bei der Energiebesteuerung soll auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der energieintensiven Produktionszweige Rücksicht genommen werden“ (O-Ton MBE-Resolution). Die Metallergewerkschaftsspitze, Anwalt des „noteidenden Kapitals“ schweigt zu Arbeitnehmerinnen und Arbeitern, die von Massenarbeitslosigkeit betroffen sind.

300.000 Arbeitslose und kein Konzept

Auf 300.000 Arbeitslose kommen

Gewerkschaft nimmt an - Wir lehnen ab!

„Einen bundesweiten Protesttag“ aller Postler hat die Postgewerkschafts-Führung Ende Februar angekündigt. Wenn sie das wahr macht, ist das mehr als die Ehrenrettung des ÖGB. Denn damit könnte ein Stein ins Rollen gebracht werden, der das ganze Sparpaket zu Fall bringt. Schülerorganisationen (wie die SAP) werden auf jeden Fall, die Studentenvertretung (ÖH) vielleicht aktiv. Die „Plattform gegen das Belastungspaket“ hat sich auf eine Aktionswoche und eine Großde-

mokstration im März geeinigt. Die gemeinsame politische Grundlage der teilnehmenden Organisationen - unter ihnen auch „Vorwärts“ - ist die Ablehnung des gesamten Sparpakets. Nicht so leider die ÖGB-Führung und vor allem der Vorstand der Beamten gewerkschaft GÖD: Sie haben - trotz Protesten einzelner Untergliederungen (z.B. der Lehrern) und Fraktionen (GLB, GE, UG...) - das gesamte Paket angenommen. Was droht, sind Massenaustritte aus der Gewerkschaft.

19.000 offene Stellen! Die Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst und bei den Frühensionen werden die Zahl der Beschäftigungslosen weiter in die Höhe treiben. Die Regierung hat in dieser Situation drastische Angriffe auf Arbeitslose vorgeschlagen:

1.) Einführung eines Arbeitsdienstes für Langzeitarbeitslose; also der Einsatz von Menschen ohne Beschäftigung zum Lohndrücken gegenüber anderen Arbeitnehmern.

2.) Kürzung des Arbeitslosengeldes (z.Zt. durchschnittlich öS 9.000,-) durch Verdoppelung der Durchrechnungszeiträume.

3.) Abstufung der Notstandshilfe (z.Zt. durchschnittlich öS 7.000,-) nach Versicherungsdauer; Möglichkeit der Aussteuerung, also keine Zahlung mehr zu bekommen!

4.) Reale Senkung der Mittel für das Arbeitsmarktservice.

Die Antwort der Gewerkschaftsführung: Bildungs-, Qualifikations- und Technologieoffensive. Wir haben nichts gegen Bildung - im Gegenteil! Aber wo kämpft der ÖGB z.B. gegen die geplante Reduktion der Deutschstunden in den Hauptschulen? Oder gegen die Belastung der Studenten mit bis zu öS 80.000,- im Jahr?

Bildung und neue Technologie alleine schaffen auch keine neuen Arbeitsplätze. Das geht nur durch Arbeitszeitverkürzung (und zwar bei vollem Lohn), um so den technischen Fortschritt zu nutzen und Arbeit gerecht zu verteilen.

Am Scheideweg

Was wir von SPÖ und ÖVP im Auftrag der Unternehmer serviert bekommen heißt: Umverteilung von unten

nach oben und sozialer Kahlschlag. Gehen wir diesen Weg mit und lassen uns Jahr für Jahr ein neues „Konsolidierungsprogramm“ beschreiben?

Oder beginnt der angebliche „gesellschaftliche Grundkonsens“ abzuröckeln? Widerstand fällt aber nicht vom Himmel. Er muß jetzt vorbereitet werden! Dieses „Konsolidierungsprogramm“ ist Klassenkampf von oben. Es bringt aber gleichzeitig das „sozialpartnerschaftliche Denken“, das Vertrauen in die Politik des „Ausmauschen“ ins Wanken. Viele Arbeitnehmer und Jugendliche empfinden das, was jetzt geschieht, als enorme Ungerechtigkeit: Die Besitzenden stehen sich davon und die Masse hat es auszubaden. Überall wird heftig diskutiert.

In diesem Meinungsbildungsprozess der Arbeiterklasse sind rechte Reflexe genauso möglich wie das Hinwenden zu linken, klassenkämpfischen Positionen. Hier bilden sich Widerstandsmöglichkeiten - oder werden vertan, wenn sie ungenutzt bleiben.

Linke Gegenwehr jetzt!

Dem Haider die „Tafelrn“, aus der Hand zu reißen und einen echten Kampf gegen diese Regierung und ihr Sparpaket zu organisieren ist deshalb die wichtigste Aufgabe aller Gewerkschafter und Linken.

Wir brauchen eine starke Anti-Sozialabbau-Bewegung, die gemeinsam mit ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen den Kampf organisiert. Einzelne Kämpfe - sei es im Betrieb X, der Schule Y oder Beamtengruppe Z - müssen gebündelt werden. Wir wollen nicht nur einzelne Steine aus diesem Paket herausschlagen. Wir wollen die ganze Mauer der Sozialabbau zum Einsturz bringen.

Kampfansage der Regierung an:

- ⇒ **Beamte: 11.000 Stellen Personalabbau und Reallohnkürzungen**
- ⇒ **Arbeitslose und NotstandsbezieherInnen**
- ⇒ **Frauen: Halbierung des 2. Karentzjahres**
- ⇒ **Jugendliche: Kürzung bei Freifahrt und Beihilfen**
- ⇒ **AusländerInnen: Abschaffung der Familienbeihilfe für im Ausland lebende Kinder**
- ⇒ **Alle ArbeitnehmerInnen: Erhöhung der Massensteuern und massive Verschlechterung der Pensionsberechnung**

Wir fordern: Umverteilung statt Sozialabbau!

Der Standpunkt:

Blut und Tränen

Jetzt ist klar, wer „blut und weinen“ soll: Alle jene, denen die SPÖ die Verteidigung von sozialen Rechten versprochen hat. Jubelschreie geben dafür anstelle von sich: Die bürgerlichen Medien, die Bundeswirtschaftskammer, die EU-Finanz-Kommission. Die sozialen Konsequenzen des 100 Milliarden-Wahnsinns sind berechenbar: Zehntausende neue Arbeitslose; Zehntausende, die unter die Armutsgrenze fallen; Zehntausende, die nun eine schlechtere Ausbildung oder weniger Pension erhalten. Doch eines ist auch auf der politischen Ebene klar:

Das hat Folgen

Die SPÖ befand sich bis zu den Wahlen 1995 im freien Fall nach unten: Niedleragen, Austritte und gleichzeitig ein Sieg nach dem anderen für die FPÖ. Das Wahlergebnis '95 markierte keine Tendenzmehr, sondern eher eine Unterbrechung dieser Entwicklung. In einer polarisierten Situation gelang es mit einem sozialen Ton geprägtem Wahlkampf, bestimmte Schichten (ein letztes Mal?) zur Stimmabgabe für die SPÖ zu bewegen. Mit diesem Ergebnis in der Tasche verwirklichen Vranitzky, Klima und Stix jetzt alles, was den Schützen-Ditz-Kurs ausmacht: „Wožu haben wir euch gewählt?“ werden sie viele „völlig zurecht“ fragen. Wieviel tauende Parteimitglieder und Wähler werden jetzt die SPÖ für immer verlassen? Hier werden nicht nur alle Strukturen zusammenbrechen, sondern auch jegliches Vertrauen in das „alte“ politische System. Das ist durchaus nichts Negatives - im Gegenteil. Die Frage ist nur: Wer profitiert davon? Wo ist die Gegenlobby?

Im derzeitigen Sozialabauferno fehlt eine Kraft, die Widerstand organisiert und auch politisch gegen die allgemeine Sparpropaganda auffriert. Es ist unerträglich, wenn bei Diskussionsrunden im ORF die einzige Organisation, die scheinbar Fundamentalkritik an der Regierungspolitik übt, die FPÖ ist. Gleichzeitig wird einem speziell, wenn sich Gewerkschaftsbosse gegenseitig zum „Spanen“ bei ihrer jeweiligen Branche anstechen. Und wo sind die linken Jugendorganisationen? Wo ist der Widerstand der Gewerkschaftsjugenden, der SJ, JG, AKS, der „linken“ Studentenbewegung? Wo ist vor allem ihr Beitrag zu einer starken linken Anti-Sozialabaubewegung?

Die Regierung hat uns den Kampf angesagt

Jeder, der auf Seiten der großen Bevölkerungsmehrheit steht, hat im Grunde gar keine andere Möglichkeit, als gegen diese Regierung und ihre Sparpakte zu kämpfen. Das Argument „den Händler zu verhindern“, indem man einmal mehr große Teile seines Forderungskataloges verwirklicht, ist lächerlich. Gerade jetzt besteht eine vielleicht historische Chance, durch breiten Protest - vor allem der Gewerkschaften - auch in Österreich endlich „von links“ zu polarisieren.

Lesen Sie NUR weiter ...

... wenn Sie sicher sind, daß die Blattlinie dieser Zeitschrift eindeutige Abgrenzung von Gewalt und Ablehnung von Gesezessbruch beinhaltet! Laut ÖVP-Medienpresse Molter trifft dies auf folgende Publikationen nicht zu:



akin EKG - EuropaKardioGramm Die Linke

Unita ZAM - Zeitschrift für Antimilitarismus

Die letzten vier wurden entgegen der Empfehlung des parteiübergreifenden Publizistikbeirates erstmals aus politischen Motiven von SPÖ und ÖVP von der Publizistikförderung ausgeschlossen. Zahlreiche weitere, seit Jahren geförderte Publikationen, darunter die akin, wurden bereits vom Beirat abgelehnt. Die Anerkennung dieser Förderung reißt ein gewaltiges Loch in die wirtschaftliche Garantie der betroffenen Zeitschriften.

Ihr Interesse an dieser kritischen Öffentlichkeit in Österreich entscheidet, Spenden sind willkommen und notwendig:

Konto 10010 670 581 bei BAWAG, BLZ 14000

* Sie kennen diese Zeitschriften nicht? Gratis Prospekt anfordern: EKG/ZAM, Schotteng. 3A/15, 1010 Wien, Tel.: 0 222-53 51 106

„Wir werden nicht zulassen, daß Frauenrechte mißachtet werden“

Diese Ankündigung prangte vor nicht allzu langer Zeit auf Dreieckständern und Plakatwänden. Der vermeintliche Kampf der SPÖ-Führung gegen das rückständige Frauenbild der ÖVP erwies sich jetzt als ideologisches Scheingefecht.

von Claudia Sorgel/SJ 3 und Sissi Huber/SPÖ 9

Die SPÖ setzte sich bei den Verhandlungen - mit Ausnahme des Zeitrahmens für neue Pensionsregelungen - in allen Punkten durch. Damit wurde nahezu das gesamte „Frauenpaket“ - noch unter Dohnal verwirklicht - mit einem Schlag verneint. Im Nationalratswahlkampf 1994 war genau dieses Paket noch „der“ große Erfolg gewesen, den die SPÖ bejubelte.

Der Karentzlaub wird beschränkt auf 18 Monate mit der Möglichkeit, daß der andere Elternteil zusätzlich sechs Monate in Anspruch nimmt. Es wird keine Ausnahmeregelungen für alleinerziehende Mütter geben. Eine weitere Verschlechterung, nachdem schon der Bezug des erhöhten Karentzlaubs eingeschränkt wurde. Für viele - armutsgefährdete - Familien ist es aufgrund des Lohngefanges zwischen Mann und Frau gar nicht möglich, daß der Mann in Karent geht. Über die „Karentschneise“ die starren Rollenbilder aufweichen zu wollen, ist deshalb mehr als zynisch. Zusätzlich wird es auch die „Kinderbetreuungsmilliarden“ nicht geben.

Die Streichung der Geburtenbeihilfe trifft verhältnismäßig alte Frauen und Familien stärker. Das ist auch gesundheitspolitisch ein Wahnsinn, wodurch der Mutter-Kind-Paß (Vorsorge-)



Spopotential
Alleinerziehenden?

Versicherungsjahren auf 60% statt bisher 70% der Bemessungsgrundlage gekürzt. Dadurch wird das fiktive Pensionsantrittsalter, vor allem bei Frauen, angehoben. Dazu kommt noch die geplante Anhebung von 180 auf 210 innerhalb von 360 Kalendermonaten. Das führt dazu, daß Frauen, die ihren Job verlieren, im Alter wieder vom Mann abhängig sind. Die Anhebung der Anwartschaft

zum Bezug der Arbeitslosenversicherung von 26 auf 28 Wochen trifft Frauen hart, die nach Karent und Betriebsfreiheit ihren Job verlieren. Dieses Sparpaket bedeutet einer gewaltsamen Rückschritt für Frauen. Alleinerziehende sind noch stärker als bisher von Armut bedroht. Die Abhängigkeit der Frauen von Männern steigt enorm: Kürzungen bei Karentzlaub, Geburtenbeihilfe und Pflegegeld als auch durch Pensionszeitverregelung. Dazu kommt, daß Frauen in Zukunft auch durch Einsparungen an Plakaten im öffentlichen Dienst verstärkt von Arbeitslosigkeit betroffen sein werden.

Wie schon so oft wird von Frauen verlangt, daß sie „flexibel“ sein sollen. In Zeiten der Krise sind sie diejenigen, denen die meisten Opfer aufgeburdet werden.

„Flexibel“ sind anscheinend auch die Vertreterinnen der Frauen in Gewerkschaft und SPÖ. Zuerst wird abgewertet, bis alles beschlossen ist, erst dann Umtum geläufig. Die Frauenministerin Helga Konrad hat zumindest Ausnahmeregelungen für alleinerziehende erwartet. Die Erfolgsbilanz der Konrad: Seit ihrem Amtsantritt wurden die Errungenschaften der A. Dohnal erheblich beschränkt.

Die Errungenschaften der Konrad:

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen bei der Belegschaft auch durchsetzen zu können, wählte man eine überall inzwischen beliebte Methode: Man beauftragt eine „kompetente, unabhängige“ Beraterfirma.

Seit Beginn der 90er Jahre wird in der OMV massiver Personalabbau betrieben. Willkommenes Argument dafür war das Verlustjahr 1993. Der Personalabbau wurde weiter forciert. Um diesen

Wir brauchen eine

"Talkin' 'bout a revolution" singt Tracy Chapman und auch Arrested Development schmettern „Revolution“. Es ist kein Zufall, daß Künstler auf das Thema „Revolution“ zurückgreifen. Dies widerspiegelt den Wunsch nach Veränderung, der vor allem bei Jugendlichen immer stärker wird. Das drückt sich auch in der Ablehnung des jetzigen Systems aus, vor allem seiner Institutionen und Repräsentanten, wie Parteien, Kirche, Staat und Establishment. Aber der Frustratio über das Bestehende ist meist noch sehr konfus, über die Alternativen zum jetzigen System herrscht oft Unklarheit und Verwirrung - und auch über den Weg dorthin.

von Sonja Grusich und David Mum

Eine Revolution, also eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft, ein radikaler Bruch im System, wird von vielen als grundsätzlich notwendig erachtet. Immer mehr Menschen wird klar, daß sich die kapitalistische Gesellschaftsordnung zwar hartnäckig



weigert zu verschwinden, aber nicht der Weisheit letzter Schluss sein kann. Der Propaganda vom „Ende der Geschichte“, der Effizienz des Systems und ähnlichen bürgerlichen Beschränktheiten zum Trotz beweist die Realität das Gegenteil.

Kapitalismus zeigt seine Unfähigkeit

Die Unfähigkeit der kapitalistischen Weltumordnung den Menschen ihre Existenz zu ermöglichen, zeigt sich tagtäglich. Offensichtlich wird das in der sogenannten „3-Welt“. 200 Millionen Kinder werden dort als Arbeitssklaven ausgebaut und insgesamt müssen mehr als 20% der Weltbevölkerung unter der Armutsgrenze leben. Aber muß das so sein? Nach Schätzungen würden wesentliche Verbesserungen in den Bereichen Bildung (z.B. die Halbierung der Analphabetenrate Erwachsener und eine allgemeine Grundschulbildung), Gesundheitsversorgung, Senkung der Kindersterblichkeit, Beseitigung schwerer Mangelernährung), Bevölkerung (Familienplanungspakete) und Wasserversorgung (allgemeiner Zugang zu sauberem Trinkwasser) von 1995 bis 2000 nicht mehr als 300-400 Milliarden Schillen kosten! Das ist im Vergleich zu dem, was für Rüstung, Prestigeobjekte und das Vergnügen der Reichen ausgegeben wird nichts. Aber weil es ein wirtschaftliches Interesse daran gibt, daß die Reichen reich und die Armen arm bleiben, ändert sich nichts. Das ist die bürgerliche Moral in der Praxis: Profit geht vor Menschen. Die „Unterentwicklung“ der Länder der

„3-Welt“ ist eine von den reichen kapitalistischen Staaten bewußt verursachte, die Millionen ins Elend drängt.

Aber nicht nur in der „3-Welt“ zeigt der Kapitalismus sein wahres Gesicht. In den Ländern des ehemaligen Ostblocks, in denen die Menschen nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Regimes das Blaue vom Himmel versprochen wurde, entsteht von Obdachlosigkeit, Alkoholismus und Drogensucht und von Kriminalität.

Armut im „reichen“ Österreich

Und wie sieht es „bei uns“ aus? Also in den entwickelten kapitalistischen Ländern, von denen Österreich eines der reichsten ist. Nach einer neuen Studie lebten bereits 1993 11,9% alter Personen in Österreich unter dem Existenzminimum. Alles Sozialarmutsraten? 86% aller durch Einkommensarmut Gefährdeten sind unter 65 Jahre alt und damit im erwerbsfähigen Alter. Bei Arbeitslosen ist die Situation besonders drastisch. 46% der Arbeitslosenhaushalte sind von Armut bedroht. Aber auch Arbeitsschutz vor Armut nicht! Denn auch 25% der Hilfsarbeiterhaushalte und 14% aller Arbeitshaushalte fallen in diese Gruppe. Bei Alleinerziehenden ist die Situation besonders drastisch. Obwohl über 75% der Alleinerziehenden erwerbstätig sind, lebt jeder 4. Alleinerziehendenhaushalt unter der Armutsgrenze. Kinder sind nach Pensionisten (11%) mit 21% am stärksten von Armut betroffen (Zahlen von 1989), es kann davon ausgegangen werden, daß sie inzwischen gestiegen sind. 1993 verdienten immer noch rund 10% der unselbstständigen Beschäftigten netto weniger als 65 850,-.

„So geht das nicht weiter!“

Solche Zustände rufen Unmut hervor. Es ist nicht verständlich, warum in drittreichsten der EU, die selbst einen Klub der Reichen darin

mit der Zugang erschwert. Der herrschende bürgerliche Zeitgeist legt keinen Wert auf soziale Sicherheit, Vollbeschäftigung und Chancengleichheit, sondern auf Sozialabbau, Entlastung der Unternehmer von Steuern und Sicherung der Profite. Da ist es nicht verwunderlich wenn unter den Leidtragenden das Vertrauen in Politiker, Institutionen und den Staat sinkt. Denn die ständig zunehmende Ungerechtigkeit wird immer offensichtlicher. Während auf der einen Seite die Armut steigt, explodiert auf der anderen Seite der Reichtum. Der Luxus der Reichen und das Elend der Armen bedingen einander.

Von allem Jugendliche sehen keine Perspektive für die Zukunft. Sie wissen, daß ihre Chancen auf einen Job, eine Wohnung und ein lebenswertes Leben immer geringer werden - egal wie sehr sie sich auch anstrengen.

Die Armut wächst und mit verschiedenen Ausprägungen. Es kommt zu Vandalismus - Selbst-Zerstörung und einer allgemeinen „Scheiß drauf“ Stimmung. Die Wahlbeteiligung und der Mitgliedsbeitrag in Parteien und Organisationen, die zum Establishment gehören, ist zum Schluß gekommen, daß Reformen zwar das Mittel darstellen können, der Zweck aber die soziale Unwälzung, also die Revolution sei. Jene, die auf Reformen setzen, bieten scheinbar den „realistischen“ Weg an. Aber das ist gleichzeitig jene, die dem 1. Weltkrieg zugestimmt haben, die die Arbeiter im Kampf gegen den Faschismus zurückgehalten haben, die nun rassistische Anti-Ausländergesetze verabschieden und Sparpakte schmälen.

„Revolution“ hat Rosa Luxemburg bereits 1899 gefragt und ist zum Schluß gekommen, daß Reformen zwar das Mittel darstellen können, der Zweck aber die soziale Unwälzung, also die Revolution sei. Jene, die auf Reformen setzen, bieten scheinbar den „realistischen“ Weg an. Aber das ist gleichzeitig jene, die dem 1. Weltkrieg zugestimmt haben, die die Arbeiter im Kampf gegen den Faschismus zurückgehalten haben, die nun rassistische Anti-Ausländergesetze verabschieden und Sparpakte schmälen.

Natürlich sind auch innerhalb des Systems Verbesserungen möglich. Gewerkschaften, die bürgerliche Demokratie, ein gesichertes Einkommen und der Sozialstaat sind der Beweis dafür, daß durch den Druck und die Kämpfe der Arbeiterklasse enorme Verbesserungen erreicht werden können. Aber im Rahmen des Kapitalismus sind diese nicht sicher. Wenn die wirtschaftliche Lage sich verschlechtert, dann sind all diese Frustrationen in Gefahr und die Unternehmer fangen an, sie abzubauen. In ganz Europa wird der Sozialstaat demontiert, Arbeiterschutz wird verrinigt und auch die demokratischen Rechte werden attackiert. Nichts ist mehr vor den Zugriffen der Kapitalisten sicher, wenn es ihre Profite verlangen.

Nur wenn nicht der Profit einiger weniger, sondern das Wohl aller das Ziel der Gesellschaft ist, sind der Lebensorstand und die Rechte der Menschen wirklich sicher.

Die Arbeitslosigkeit und die Preise steigen stetig. Gleichzeitig stagnieren die Löhne. Große Teile der Bevölkerung müssen zwei oder drei Jobs annehmen, um zu überleben. Auch Pensionen, Arbeitslosengeld und Sozialversicherung reicht zum Leben nicht aus. Für Kultur bleibt nichts mehr übrig. Die Folge sind ein An-

steigen von Obdachlosigkeit, Alkoholismus und Drogensucht und von Kriminalität.

Reform oder Revolution?

Von vielen, außer von jenen die sowieso meinen, daß jetzt alles o.k. ist und daß jedes „seines eigenen Glückes Schmid ist“, werden diese Probleme erkannt. Aber es gibt verschiedene Lösungsansätze - auch unter Linken. Es wäre doch auch möglich, das System zu reformieren und Schritt für Schritt Verbesserungen durchzusetzen. (Sozial)reform oder

noch ein gutes Geschäft machen.

Ist eine Revolution notwendig?

Aber warum brauchen wir eine Revolution um das zu erreichen? Der Übergang zu einer neuen Gesellschaft stellt einen Bruch dar. Grundlegende Veränderungen müssen stattfinden. Einen kleinen Teil - nämlich den Kapitalisten und ihren Anhängern, die vom jetzigen System profitieren - wird das natürlich nicht recht sein. Sie werden mit allen Mitteln versuchen - also mit ihrem Geld, mit Hilfe der Medien und mit Waffen diese Veränderung zu verhindern.

Sie werden sich nicht einfach durch eine Volksabstimmung von der Notwendigkeit des Sozialismus überzeugen lassen. Um diesen Bruch zu vollziehen, können wir nicht einfach alles so lassen wie es ist, oder nur einige zentrale Posten mit „Sozialisten“ besetzen (Marsch auf die Institutionen). Es muß die gesamte Struktur von Wirtschaft und Gesellschaft verändert werden. Nicht mehr einige wenige bestimmen was geschieht, sondern die Entscheidungsmacht geht erstmal in der Geschichte tatsächlich in die Hände des Volkes über. Das bedeutet daß die Grundlage von Entscheidungen nicht mehr möglich hoher Gewinn für die Unternehmer und Aktionäre, sondern die Bedürfnisse von Mensch und Natur darstellen werden.

Wie soll das möglich sein? Schülern und Lehrern wissen am besten, was in der Schule wichtig ist, die Bewohner eines Bezirkes kennen die Gegebenheiten und Veränderungsmöglichkeiten und die Beschäftigten eines Betriebes sind die eigentlichen Experten.

Was ist der Ausweg aus der Krise und dem Fehlen von Perspektiven im kapitalistischen System? Es wächst der Wunsch nach Veränderung. Aber wie soll sie geschehen und was soll erreicht werden? Verschiedene „Lösungen“ werden hier angeboten. Für uns als Sozialisten ist klar daß nur eine sozialistische Revolution eine wirkliche Lösung darstellt. Die Probleme, die in unserer jetzigen kapitalistischen - Gesellschaft immer stärker hervortreten - Armut, Elend, Krieg, Umweltzerstörung - werden durch das System an sich verursacht. Nicht der einzelne „böse“ Kapitalist ist schuld, weil er seine Beschäftigten auf die Ausbeutung von Mensch und Natur und der Konkurrenz beruht. Und Kriege sind die Austragung von Konflikten zwischen verschiedenen kapitalistischen Staaten um Einfluss und Macht, sozusagen die Fortsetzung der Konkurrenz mit anderen Mitteln. Nebenbei läßt sich dabei

eine Million Menschen an oder unter der Armutsgrenze leben müssen.

Aber der Staat greift hier nicht ausgleichend ein, sondern fördert erz. B. die Kirche noch. Es wird z.B.: bei Bildung - einer der wenigen Möglichkeiten der „Armutsfalle“ zu entkommen - drastisch gespart und da-

Revolution

Heute zeigt sich, daß der Teil der Arbeiterbewegung, der die Revolution ablehnt und bekämpft, (die Sozialdemokratie), gescheitert ist. Die Sozialdemokratie hat sich ins System integriert und anstatt es zu reformieren erfüllt sie dessen Ziele. Die sozialdemokratischen Parteien sind jetzt mutter damit beschäftigt die von ihnen durchgeführten Verbesserungen wie der abzubauen. Aus der schrittweisen Veränderung des Systems wurde eine schrittweise Unterwerfung unter die.

revolutionäre Schlüssefolgerungen zu ziehen. Es reicht ein repressives, autoritäres, ungerechtes politisches Regime, das keine Chancen auf Veränderung vermittelt.

Revolution fällt nicht vom Himmel

Eine Revolution geschieht nicht über Nacht. Sie ist das Ende einer längeren Entwicklung, die von Erfolgen und Niederlagen gekennzeichnet ist, einer sogenannten vorrevolutionären Periode.

In dieser Periode kommt es zu einer Zunahme von Klassenkämpfen, Protestbewegungen und Streiks werden radikaler, die Forderungen weitergehender und richten sich schließlich gegen die gesamte bestehende Ordnung. Immer größere Teile der Bevölkerung, wie ihr Vertrauen in Staat und Kapitalisten jahrelang mißbraucht worden ist und beginnen, dagegen aufzustehen.

Die Kämpfe müssen gebündelt und organisiert werden. Diese Bewegungen stoßen bald an die Grenzen des Systems und den erbitterten Widerstand von Kapitalisten und deren Anhängern. Nicht jeder Kampf wird erfolgreich sein, Niederlagen und Rückschläge sind unvermeidlich. Aber in dem Ausmaß, wie der Kapitalismus seine soziale und demokratische Massenabstreife muß, wird deutlich, daß es keine Alternative zu einer revolutionären Veränderung gibt.

Gesamtgesellschaftliche Krise

Eine Revolution ist nur bei einer dramatischen Zuspiitung gesellschaftlicher Konflikte möglich. Diese Situation ist gekennzeichnet durch eine gesamtgesellschaftliche Krise.

Der Revolutionär Lenin denkt es aus: „Zur Revolution drängt es nicht, daß sich die ausgebeuteten und

Auch österreichische Geschichte: Räterepublik 1918

tion und auch 1918 gab es Ansätze, die viele Kolonien befreiten sich durch Revolutionen von ihren Kolonialherren und in vielen Ländern gab es Revolutionen gegen die jeweiligen Machthaber. In den 50er, 60er und 70er Jahren gab es eine Reihe von Revolutionen, die eine sozialistische Veränderung bringen können, wären sie nicht durch die stalinistische Bürokratie Moskaus verkrüppelt worden. Beispiele dafür sind Kuba (1959) und Portugal (1976).

Und auch wenn ständig versucht wird, uns klar zu machen, wie gut es wir sind und wie schlecht (sozialistische) Revolutionen sind, ist die Idee einfach nicht totzukriegen. Und dort, wo es zu Revolutionen kommt, vereinigen sich die Kapitalisten, um diese niederzuschlagen. Die USA liefern den reaktionären Mörderbanden „Contras“ gegen die Sandinisten in Nicaragua Geld und Waffen. Und auch die kürzlich bekanntgewordene Waffenlager des CIA in Österreich waren in Wirklichkeit gegen revolutionäre Erhebungen der Arbeiterklasse gedacht. Die „rote Gefahr“ sah man eher im eigenen Land, als daß man tatsächlich einen Einmarsch der sowjetischen Armee befürchtet haben wird.

Wie soll das möglich sein? Schülern und Lehrern wissen am besten, was in der Schule wichtig ist, die Bewohner eines Bezirkes kennen die Gegebenheiten und Veränderungsmöglichkeiten und die Beschäftigten eines Betriebes sind die eigentlichen Experten.

Die Arbeitslosigkeit und die Preise



Die Rolle der politischen Ortsierung

keit bringt, längst überfällige Veränderungen rasch durchzuführen, in diesem Sinne ist sie eine Lokomotive der Geschichte. Aber daß die Möglichkeit dazu existiert, heißt nicht daß sie auch automatisch ergreift wird. Ein Beispiel ist der Zusammenbruch der sozialistischen Diktaturen 1989. Scheinbar stabile Jahrzehnte lange Regimes brachen unter dem Volksansturm zusammen wie Kartenhäuser. Aber es fehlt der subjektive Faktor: Revolutionäre Organisationen, die sowohl Konzepte als auch Verankerung in der Bevölkerung hatten. Deswegen wurde eine Elite durch eine andere ersetzt, ohne die Bevölkerung die gewünschten Verbesserungen zu bringen. Auf die revolutionäre Situation folgte Apathie.

Die Revolution wird von ihren Erfolgen umso mehr erhalten und ausbauen können, je größer ihre Wirkung auf die Massen ist. Das bedeutet, daß sich die Menschen auch nach dem revolutionären Sturm und Drang politisch interessieren und aktiv bleiben. Politik darf nicht wieder die Arbeit einer Berufsgruppen werden, sondern die Leute müssen ihr Leben gemeinsam organisieren.

Das ist auch die Chance, eine Verständigung oder Herausbildung einer neuen herrschenden Schicht zu verhindern. Nur wenn formal erkämpfte Rechte auch mit realen Inhalten und Aktivität gefüllt werden, wird die Revolution die Gesellschaft einen großen Schritt weiterbringen.

Um also zu verhindern, daß die Chancen künftiger revolutionärer Situationen nicht ergreifen werden ist jetzt vor allem etwas notwendig: Der Aufbau einer neuen revolutionären und sozialistischen Bewegung von Arbeitern und Jugendlichen, die für die Verbreitung und Durchsetzung sozialistischer Ideen kämpft.

Die Arbeitslosigkeit und die Preise steigen stetig. Gleichzeitig stagnieren die Löhne. Große Teile der Bevölkerung müssen zwei oder drei Jobs annehmen, um zu überleben. Auch Pensionen, Arbeitslosengeld und Sozialversicherung reicht zum Leben nicht aus. Für Kultur bleibt nichts mehr übrig. Die Folge sind ein An-

steigen von Obdachlosigkeit, Alkoholismus und Drogensucht und von Kriminalität.

VORWÄRTS die sozialistische Zeitung gegen Sozialabbau und FPÖ und für ein e Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung - für Sozialismus!

Das neue VORWÄRTS kann man jetzt noch leichter abonnieren. Einfach Karte ausfüllen, Marke drauf und ab die Post!

Ja, das neue VORWÄRTS gefällt mir, deshalb möchte ich:

- Eine Probenummer gratis!
- Ein VORWÄRTS-ABO für:
- 5 Nummern zu € 5,- (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu € 10 (inkl. Porto)
- 20 Nummern zu € 20 (inkl. Porto)

Ein VORWÄRTS-FÖRDER-ABO für:

- 5 Nummern zu € 5,- (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu € 10 (inkl. Porto)
- 20 Nummern zu € 20 (inkl. Porto)

Ich interessiere mich für die aktive Arbeit von VORWÄRTS und möchte:

- Ich möchte bei VORWÄRTS mitmachen.
- Zu Veranstaltungen eingeladen werden
- VORWÄRTS zum Weiterverkaufen (Bezahlung folgt nach dem Verkauf)
- Ich interessiere mich für Eure Materialien (Broschüren, Bücher, T-Shirts, ...)

Wofür wir kämpfen

Nein zu jedem Sozialabbau! Für eine Umverteilungsoffensive von oben nach unten!

- Nein zu Staatsspenden und Politik der Bürgerlichkeit! Gold ist genug da, es ist nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großunternehmen und Großgrundbesitzern!
- Sofortige Einführung eines Mindestlohnes von € 13.000,- netto!
- Kampf der Arbeitslosigkeit durch sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei wohin Lohn!
- Für eine Ausbildungsfreiheit. Keine Kürzungen im Bildungsbereich.
- Nein zur Wohnungsentzettelung der Spekulanter!
- Für einen echten Kampf gegen die Umweltverschmutzung. Das bedeutet Kampf des Vorrangschlages der Profitwirtschaft.

Nein zur Spaltung von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen

- Wir kämpfen für die volle politische, soziale und gesellschaftliche Gleichberechtigung aller ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen!
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung

Entslossener Kampf dem Rechtsextremismus. Für die volle politische und soziale Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen. Weg mit allen rassistischen Gesetzen! Den Kampf dafür müssen wir mit allen sozialen Gruppen und Jugendlichen gemeinsam führen!

Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Miliärwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.

Für Sozialismus international

Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.

Für den Aufbau einer Bewegung links der Sozialdemokratie, die wollen eine breite linke Opposition, eine soziale Interessenvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in den Gewerkschaften, Betrieben und Schulen mitaufbauen! Dazu soll die Gründung der Sozialistischen Offensive (SOV) den Anfang sein.

Für den Aufbau einer neuen internationalen Arbeitnehmerbewegung!

Ein Revolution ist nötig. Lediglich ein paar Reformen können keine grundlegende Veränderung herbeiführen. Die Arbeitnehmerbewegung und die Jugend müssen für einen Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.

Nein zu Austritt und Integrat. Militärbündnisse (z.B. NATO) - gegen die Errichtung eines Berüherheims - für die Auflösung aller stehenden Einheiten.

Für eine sozialistische, demokratische und gewerkschaftliche Rechte, insbesondere im Jugend-, Arbeitnehmer- und wirtschaftlichen Kontrollbericht.

Nein zu Privatisierung und Zerschlagung

JETZT AKTIV WERDEN!

Kampffonds aktuell



von Sonja Grusche

Unsere politische Arbeit kostet Geld. Einmalnahmen wieder. Auf dem Thermometer wird jener Anteil des Gesamtzieltes aufgezeigt, den wir erreicht haben.

Februar 1996:

Ziel zu 73,5 % erreicht. Besondere Einzelzulagen:

Lena H. (Schülerin) € 1000,- Thomas (Angestellter) € 5000,- Ali K. (Angestellter) € 4000,-

Der Versteigerungsverkauf: Niki H. hat in der Straßenbahn an einem Tag 15 Zeitungen verkauft

Infos unter: 0222/ 59 70 432 oder: PF 2, 1082 Wien

PSK 8812.733

VORWÄRTS Jugend und Kultur

Arena: FPÖ gegen Jugendliche

Die „alte“ Arena, ein Jugend- und Kulturzentrum, wurde am 26. Juni 1976 von ungefähr 700 Leuten besetzt. Grund dafür war, daß der ganze Gebäudekomplex - ein alter Schlachthof - „geschlossen“ werden sollte. Warum? Um dem Textilkonzern „Schöps“ Platz zu machen. Heute gibt es wieder Angriffe auf die „neue“ Arena.

von Martin R.
JRE-Regionalgruppe Ost

Die damaligen Besetzer wollten die Errichtung eines unter Selbstverwaltung stehenden Kultur- und Kommunikationszentrums. Sie schufen unter anderem ein Kinderhaus, ein Frauenhaus und brachten eine eigene Arena-Zeitung heraus. Weiters gab es einen Sozialhilfendienst, Theatergruppen u.v.m.

Die Finanzierung erfolgte ausschließlich über Spenden. Es wurden 55.000 Unterschriften für die Anliegen der BesetzerInnen gesammelt. Tausende Jugendliche hatten ein Ziel: Die Arena muß bleiben. Wo man früher Schweine schlachtete, taten das nun junge Leute mit dem Kulturverständnis einer Gesell-



„FPÖ: Arena-Hatze wie damals“

Heute wie damals gab und gibt es Angriffe der rechten Politikern auf Jugendzentren - so auch auf die „neue“ Arena. Vor allem die FPÖ tut sich einmal mehr hervor. Daß die FPÖ gegen die Arena ist liegt auf der Hand. In die Arena gehen zum Großteil Jugendliche, die mit der FPÖ nichts zu tun haben wollen. Die FPÖ hat seit den zwei Drogenhotels in der

Umgebung der Arena eine Heitzkampagne gestartet. Sie bezeichnen das Kultur- und „Drogenzentrum“, welches geschlossen werden müßte. Als das durch Drogenprobleme zu lösen wären! Die Fehl haben in Wien die Gemeinderat klarerweise gegen weitere Subventionen für die Arena gestimmt. Die Arena ist ein Platz, wo sich kritische und alternative Jugendliche treffen und diskutieren können. Leider kommen zu größeren Veranstaltungen auch offensichtliche Faschisten in die Arena (zum Beispiel beim letzten Ska-Fest). Wenn Faschisten oder rechte Hooligans versuchen zu stören, ist es klar, daß es zu Auseinandersetzungen kommt. Dafür Leute überhaupt hineinfürzen, zeigt auch, daß sich die Arena schon sehr zu „kommerzialisert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für einen normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

einen normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld. Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Wir wollen eine Arena, wo Nazis wie Drogendealer keinen Platz haben!

Gegen die Kommerzialisierung der Arena!

Für gesenkten Eintrittspreise!

ein normalen Jugendlichen, der auf einen „Iceberg“ gehen will, viel Geld.

Die Arena ist ein wichtiger Bestandteil in Wiener Jugendszene. Ihre Schließung (wie es die FPÖ will) wäre fatal. Man muß dazu aber auch sagen, daß es viel zu „kommerzialisiert“ hat. Nicht zuletzt sind 80 Schilling für

Nein zum

Polizeistaat!

Lauschangriff, Rasterfahndung, Ausweitung der Polizeibefugnisse - Begriffe, die zur Zeit in aller Munde sind. „Das soll ja nur in ganz besonderen Ausnahmefällen angewandt werden“, lautet die Erklärung. Doch es geht nicht um die Ausnahme, eine Regel soll geschaffen werden. Einem Polizeiapparat, der sich immer bedenklicher entwickelt, sollen immer mehr Kompetenzen zugeschanzt werden.

von Katja Arthofer

Gerade in der jüngsten Vergangenheit kam es verstärkt zu repressivem Vorgehen der „Sicherheits“organe gegen Linke. Stellvertretend dafür zwei Beispiele:

Am 23. Jänner wurden bei Aktivisten des RevolutionsBräuhofes (RBH) - einer sich meist selbst nicht ganz ernstnehmenden „anarchistischen“ Gruppe - und in der Buchhandlung „Monte Verita“ Hausdurchsuchungen durchgeführt. Einer der Vorwände dafür war ein gefälschter Aufkleber, den die Kronen Zeitung am 10. Mai 1995 abgedruckt hatte. Ein Computer, alte Ausgaben der Zeitschrift „akin“ und 81 Disketten wurden bei den Aktivisten beschlagnahmt. Von der Buchhandlung wurden 2 komplette EDV-Anlagen, 343 Disketten, Datenträger und Unterlagen mitgenommen. Zusätzlich wurde auch noch ein Lokal des „Kommunistischen Studentenverbandes“ in der Gußhausstraße durchsucht, in

dem der RBH früher ansässig war. Obwohl die in diesem Lot Anwesenden eindeutig klarmachten, daß es sich hier nicht um ein RBH-Lokal handle, wurde auch dort gleich ein Computer beschlagnahmt. Die Anklagepunkte zeigen deutlich hier ein Präzedenzfall geschaffen werden soll: „Bildung einer kriminellen Vereinigung“, „Herabwürdigung der Republik“ und erstmals seit 1945 „Bildung einer staatsfeindlichen Verbündung“. Unterlei - weit interpretierbaren Phrasen - könnten in Zukunft weitere Schläge gegen linke Gruppen erfolgen.

‘Nummer 19’ im Dienste der F?

Im Nationalrats-Wahlkampf 1995 traten einzelne Polizisten als Haider-Leibwächter und politische Zensoren auf. Der Fall des Herrn Irschik, der bei vollen Bezügen mit dem F-Chef durchs Land tourte und bei Veranstaltungen Haider-Gegner „dingfest machte“, ist bekannt. Aber auch ein gewisser Major Leisser, Dienstnum-

mer 19, leistet sich ungeheuerliches Verhalten. Er ahndet stilles Hochhalten von Papptafeln am Rande von F-Kundgebungen als „Störung“. Bei einer Haiderveranstaltung in Wien-Meidling wurde nicht nur ein Vorwärts-Aktivist wegen dieses „Deliktes“ angezeigt, sondern auch ein Jugendlicher, der gegen die Amtshand-

griffe in demokratische Grundrechte: Es kann in jeder Wohnung gespäht und gelauscht werden ... zur Aufklärung eines mit mehr als zehn Jahren Haft bedrohten Verbrechens oder zur „Aufklärung oder Verhinderung einer im Rahmen einer kriminellen Organisation begangenen strafbaren Handlung“. Wie man merkt, kann dieses Gesetz vielseitig ausgelegt und verwendet werden. Und im Rahmen der Rasterfahndung kann auf alle möglichen Daten von verschiedenen staatlichen Organisationen (wie z.B. der Sozialversicherung) zurückgegriffen werden (Hallo Datenschutz!). Weiters sind diese Ermittlungsmethoden äußerst teuer und uneffizient gegen

Skandalurteil gegen Homosexuellen

von Lisa, Wien

Am 12.2.1996 wurde ein 28jähriger Mann nach § 209 StGB zu einem Jahr Haft verurteilt. Und dies ohne Beweise!

Paragraph 209 verbietet, daß ein über 19jähriger Mann eine sexuelle Beziehung zu einem 14 - 17jährigen männlichen Jugendlichen hat. Dieses Gesetz betrifft ausschließlich freiwillige Beziehungen. Sämtliche Formen von Gewalt und Mißbrauch (homosexuell und heterosexuell) werden von anderen Paragraphen abgedeckt.

Die ÖVP verhinderte bisher eine Änderung dieser homosexuellenfeindlichen Gesetze. Sie argumentiert mit „Kinder- u. Jugendschutz“, Kirche und Sünde. Die SPÖ nimmt das einfach hin.

Als wären diskriminierende Gesetze nicht genug, beweisen auch noch die Richter durch ihre Urteile ihre eigene Schwulenfeindlichkeit und ihren (Hetero-)Sexismus.

In den Jahren 1983-1994 wurden von 526 „Tatverdächtigen“ 359 Personen nach § 209 (gegenseitiges Einverständnis!) verurteilt. Das ergibt eine Verurteilungsrate von 68,2%. Zum Vergleich: Wegen Vergewaltigung (Zwang!) wurden von 2127 Tatverdächtigen in den Jahren 1989-1994 nur 685 Personen verurteilt, das ergibt also eine nur halb so hohes Verurteilungsrate von 32,2%.

Die einzige „Grundlage“ für das Urteil gegen den 28jährigen war ein Kalender, in dem der Angeklagte männliche Vornamen eingetragen hatte. Kein einziger Zeuge war zu finden.

Die Lesben- u. Schwulenbewegung hat nach diesem Skandalurteil dem Parlament eine Frist von 100 Tagen (bis 24.6.96) gegeben, über dieses Gesetz abzustimmen. „Danach werden wir“, so Michelides (Vors. des Österr. Lesben und Schwulenförmers), „die Kampagne internationalisieren und ausweiten.“

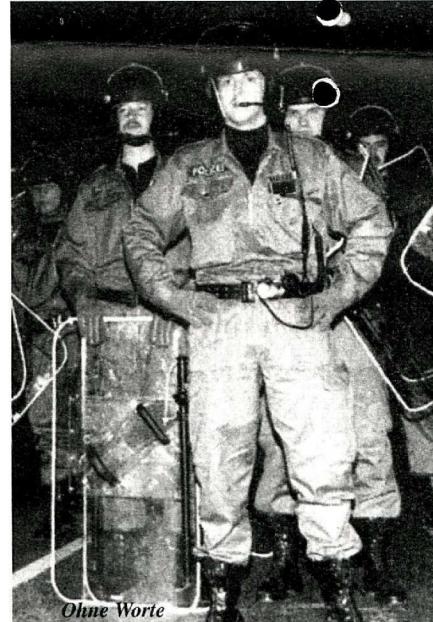
Wien - U-Bahn Stephansplatz

Es ist ein normaler Samstagabend. Jugendliche - der eine oder andere mit grünen Haaren - stehen herum. Plötzlich kommen Polizisten, verlangen Ausweise und nehmen Jugendliche mit. Auf Nachfragen, warum Ausweise kontrolliert werden, ist meist „Weil i des sog“ zu hören. Ein Schäuerchen? Nein, Realität in Wien 1996!

Offensichtlich soll der Stephansplatz von „nicht gaaaanz brav“ Jugendlichen gesäubert werden. Viele Polizisten kehren den „Ramo“ herum: Beamte, die sich abwechselnd als britische Geheimagenten (Nummer 007) und Eau de Cologne (4711) fühlen, sind keine Seltenheit. Immer wieder wird berichtet, daß Jugendliche von Polizisten gewaltsam „behandelt“ werden. Auch Fälle, wo Mädchen von männlichen Polizisten

durchsucht werden, kommen vor. Gemeinsam mit BesucherInnen des Stephansplatzes hat „Jugend gegen Rassismus“ eine Kampagne gegen Polizeiwillkür gestartet. Aber wir wollen mehr. Solange es für Jugendliche keine Jugendzentren gibt, wo sie sich in Ruhe treffen können, werden immer wieder U-Bahnstationen zu Treffpunkten umfunktioniert. Als ersten Schritt der Aufklärung haben wir ein Flugblatt mit den wichtigsten Punkten aus dem Sicherheitspolizeigesetz zusammengestellt, das über unsere Kontaktadresse (Pf.8, 1061 Wien) zu beziehen ist. Wir sind regelmäßig am Stephansplatz zu finden, um gemeinsam gegen Übergriffe der Uniformierten vorgehen zu können.

Michi Bonvalot, JRE-Wien Nord



Ohne Worte

lung des Herrn Leisser protestierte. Der Kommentar des Herrn Majors: „Hier (bei der F-Veranstaltung) darf man nur applaudieren oder zuhören, sonst nix.“

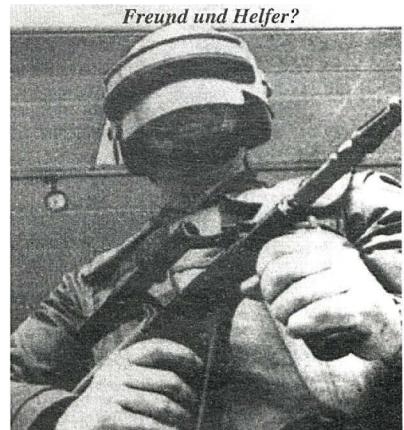
Einen verwirklichte Forderung

In dieses zunehmendpressive Klima eingebettet, soll jetzt die Uraltförderung aller rechten Politiker verwirklicht werden. Ausgerechnet der angeblich linke Einem legte den Gesetzesentwurf zum Lausch- und Spähangriff sowie zur Rasterfahndung vor. Dieses Gesetz bedeutet Ein-

die tatsächlich organisierte Kriminalität.

Bezeichnend ist, daß die Regierung im selben Augenblick, in dem sie Rasterfahndung und Lauschangriff einführen will, die Anonymität der Sparten mit Händen und Füßen verteidigt. Denn diese Anonymität dient in erster Linie dem Steuerbetrug und anderen kriminellen Machenschaften im großen Stil. Die jetzigen Diskussionen und polizeilichen Praxen machen eines deutlich: Welche Gruppen die Regierung schützen und gegen welche sie verstärkt vorgehen will!

Die Zerschlagung der Nazi-Szene ist sicherlich nicht das große Anliegen.



Freund und Helfer?